

### **Jour Fixe vom 04.04.2022 – Der Krieg in der Ukraine (Teil 3)**

Vorab zwei Anmerkungen zum Protokoll vom 21.03.2022: Auf der letzten Seite, wo es um die ökonomischen Interessen Russlands im Verhältnis zu den westlichen Mächten geht, steht: „Russland hat bei der Benutzung der imperialistisch eingerichteten Welt keine gleichgelagerten Interessen zu verteidigen, es steht gar nicht in Konkurrenz zu den imperialistischen Mächten“. Der letzte Halbsatz ist verkehrt. Russland betätigt sich in der Konkurrenz z.B. mit dem Verkauf von Energieträgern, Rohstoffen, Rüstungs- und Atomtechnik und konkurriert damit verbunden um Einfluss in der Welt.

Beim Satz darunter „Macht braucht Russland außerdem zur Absicherung seiner Existenz“ legt das Wort „außerdem“ nahe, das sei ein selbstständiger, eigener Zweck, der sich gar nicht aus dem anderen erklärt. Die Absicherung seiner Existenz ist die Grundlage dafür, dass sich Russland in der anderen Weise als Konkurrent um Reichtum und Einfluss in der Welt betätigen kann.

— *Die Auseinandersetzung in der Ukraine wurde oft auf das Stichwort verkürzt, es gehe Russland um seinen Respekt als Weltmacht. Mit diesem Respekt stehen doch auch seine materiellen Interessen auf dem Spiel wie ökonomische Beziehungen zu anderen Ländern, Hinwendung zum westlichen Kapitalismus wie auch Bündnisse mit anderen Ländern, die die eigenen Interessen absichern sollen.*

Mit dem Krieg in der Ukraine hat Russland den Übergang gemacht, mit seiner Militärmacht seinen Status in der Welt zu verteidigen und seine Sicherheitsinteressen geltend zu machen. In Anbetracht der rings um sein Kernland aufgerüsteten ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten hat es dem Westen eine rote Linie gezogen und ein Ultimatum gestellt: kein NATO-Beitritt der Ukraine. Damit behauptet Russland seine Existenz als Weltmacht und Atommacht, die den USA wirksam Paroli bieten kann. Auf dieser Ebene finden jetzt Eskalation und Konfrontation statt, die Berücksichtigung (Respekt) praktisch geltend macht.

Die Frage, wie sich Russland im Unterschied zu anderen Ländern global ökonomisch betätigt, welche Interessen es da vertritt und wie es darüber seinen Einfluss in der Welt stärkt, wäre sicher noch genauer zu bestimmen und ein extra Thema. Man sollte nur bedenken: es geht um mehr als das abstrakte Bedürfnis, sich zu behaupten. Wenn sich ein Staat um seine Existenzsicherung sorgt, geht es ihm nicht ums bloße Überleben. Dass Russland Weltmacht sein will, bedeutet, dass es Einfluss in der Welt haben will und als ökonomischen Unterbau die Mittel dazu braucht. Staatliche Behauptung geht nicht getrennt, sondern beruht auf einem materiellen Anspruch, einer nationalen Interessenverfolgung in der Welt.

\*

In Bezug auf die **Rede von Biden an die Weltgemeinschaft** im März in Warschau sollen drei Punkte besprochen werden: Was drückt Biden aus, wenn er sagt, dass Putins Krieg ein Angriff auf die regelbasierte Weltordnung ist, auf die Friedensordnung in Europa oder auch auf die europäische Sicherheitsarchitektur. Zweitens wird behauptet, die NATO bedrohe niemanden, sei ein reines Verteidigungsbündnis. Welche Art militärischer Logik wird da praktiziert? Und drittens: Was ist im Fortgang der Auseinandersetzung an militärischer Aufrüstung und an Sanktionen in der Welt?

Zum ersten Punkt kann man auf den Artikel „Joe Bidens ‚Build Back Better‘“ (GS 04-21) zurückkommen, in dem es darum geht, was die regelbasierte Weltordnung der Sache nach ist. Was hat die mit der aktuellen Auseinandersetzung zu tun?

— *Die Durchsetzung der regelbasierten Ordnung auf Basis des Dollarimperialismus hat die USA zum Erfolg geführt. Die Resultate: Erledigung der Sowjetunion, die EU als profitabler Partner, ein kapitalistisch gewendetes China. Dabei haben die Konkurrenzserfolge der Partner auch den Erfolg der USA befördert. Biden und vorher Trump sehen nun die Suprematie der Weltmacht USA gerade durch den Erfolg der Partner gefährdet.*

Die erfolgreiche Subsumtion nahezu aller Staaten unter die Weltordnung der USA wirft die Frage auf, worin die regelbasierte Weltordnung besteht, die sich seitens des Westens

unbedingt zu verteidigen lohnt, und warum es sie überhaupt *nur* als Produkt der überlegenen Gewalt der USA gibt. Entscheidend ist nicht, dass dabei immer nur die USA mit ihren Interessen zum Zuge kommen. Die Regeln lauten *nicht*, dass sich alle auf dem Weltmarkt tummeln sollen und die USA ziehen *den meisten Nutzen* daraus.

Die Einrichtung dieser Weltordnung wird im Artikel als imperialistische Großtat bezeichnet. Die eine Seite davon ist die Stärkung der ökonomischen Potenz der USA nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer überlegenen kapitalistischen Konkurrenzfähigkeit. Die andere Seite ist, dass die USA nach 1945 als Siegermacht dem Rest der Welt gegenüber einen Anspruch geltend gemacht haben. Der zielte auf eine Festlegung der Staaten, die sich der Weltordnung angeschlossen haben, wie sie künftig zu existieren, sich zu reproduzieren und sich einander zu begegnen haben. Dem sollte sich keiner entziehen können. Deren Staatsräson hatte grenzüberschreitendes kapitalistisches Wirtschaften zu sein, andere Staaten ausschließende Handelsbeziehungen wie zu Kolonien, sollte es nicht mehr geben. Jeder Staat hat sich darin als Bestandteil einer Welt umspannenden grenzüberschreitenden Geschäftssphäre herzurichten. Die Staaten ließen sich darauf festlegen, sich wechselseitig als Souveräne anzuerkennen, die man benutzen kann und von denen man sich andererseits aber auch benutzen lassen muss. Die Konkurrenz sollte nicht kriegerisch ausgetragen werden, sondern indem man die eigene ökonomische Potenz gegeneinander ins Feld führt. So haben die USA die halbe Staatenwelt als einen Markt hergerichtet, auf dem sich amerikanisches Geld und Kapital tummeln kann. Damit ist der Anspruch in der Welt, dass *alle* Souveräne als Mittel für die Bereicherung der USA taugen. Dafür setzen die USA ihre überlegene Gewalt und eine weltkriegsträchtige Konfrontation gegenüber all den Staaten, die sich dem Anspruch entzogen und Realen Sozialismus praktiziert haben.

— *Das schließt ein, dass die USA permanent Störenfriede identifizieren und sie per Erpressung durch ihre Abschreckung oder durch Krieg dazu bewegen, sich gemäß den Regeln dieser Ordnung zu verhalten. Die Aufrechterhaltung dieser Ordnung erfordert die permanent vorhandenen und eingesetzten Gewaltmittel des amerikanischen Staates.*

Die USA sorgen dafür, dass sich die Staaten an die Ordnung halten, die sie eingerichtet haben. Sie führen darüber Aufsicht, was die Staaten sich im Umgang miteinander erlauben dürfen. Dafür haben sie Institutionen wie die WTO, den IWF und die UNO eingerichtet, die über Recht und Unrecht der Staaten entscheiden. Das zeigt zum einen, dass die ins Werk gesetzte Ordnung für die Staaten keine Selbstverständlichkeit ist. Sie ringen, sofern sie sich zu der Ordnung als ihre Staatsräson bekennen, dauernd darum, mit den eigenen Mitteln die Überlegenheit ihrer Macht gegenüber ihren Konkurrenten zu sichern und voranzutreiben. Sie konkurrieren gegeneinander um ihren Anteil am Reichtum, den es auf dem Weltmarkt zu erobern gibt. Die darin eingeschlossenen Gegensätze führen laufend zu dem Übergang, nicht nur einfach mit ökonomischen Mitteln zu konkurrieren, sondern gegen Staaten, die sie als Schranke erfahren, mit anderen Mitteln vorzugehen. Die Unterordnung der Souveräne steht dauernd im Gegensatz zu dem, was diese für sich beanspruchen und durchsetzen wollen.

In dem Sinn ist die regelbasierte Ordnung das Gegenteil von Abwesenheit von Gewalt. Immer sorgen die USA dafür, dass die Unterordnung unter ihre Ordnung garantiert bleibt. Beispiel Irakkrieg: Die (eigenmächtige) Aneignung Kuwaits hieß für die USA, Kuwait wird befreit und der Souverän Irak bekämpft und zerlegt. *Alle Gewaltaffären*, die es gibt, *beziehen die USA auf sich*, und sie führen Regie darüber, was davon wie in Frage kommt oder auf jeden Fall unterbunden gehört. Zu allem machen sie ihren Vorbehalt geltend und schreiten ein. Die Ordnung ist also auch in dem Sinn regelbasiert, dass es in der Gewalt der USA liegt, darüber zu entscheiden und dem Gültigkeit zu verschaffen, was diesem Regelwerk entspricht oder nicht.

— *Im Artikel kommen zwei Bestimmungen vor: Konkurrenzfähigkeit bezieht sich auf die ökonomische Überlegenheit der USA, mit der sie sich in ihrer Weltordnung bereichern. Konkurrenzlosigkeit drückt den politischen Anspruch der USA auf Suprematie, auf alleinige Weltmacht, aus.*

— *Diese Weltordnung ist eine Ordnung der kapitalistischen Konkurrenz, eine Ordnung*

*von Gegensätzen. Sie hat den Widerspruch für die USA, dass das Regelwerk auch für sie selbst gilt. Das wird von ihnen dann so gehandhabt, dass, wenn ihr ökonomischer Erfolg ausbleibt und die Konkurrenten erfolgreicher sind, dagegen vorgegangen wird, mit der Behauptung, das könne nur an einem Verstoß gegen die Konkurrenzordnung gelegen haben.*

Das, was die USA jahrelang betreiben konnten, auch in den von ihnen geschaffenen internationalen Institutionen wie dem Sicherheitsrat und der WTO, war immer zu ihrem Nutzen. Damit waren sie auch zufrieden. Sobald sie das nicht sind, begründen sie das nicht nur ideologisch mit einem Regelverstoß. Dann setzen sie ihr praktisches Interesse, ihren Willen auch gegen die Regeln durch. Als überlegene Macht steht ihnen auch zu, sich nicht einfach den Regeln unterzuordnen, gelten soll vielmehr ihr Interesse. Es geht nicht darum, wie die USA argumentieren, sondern darum, dass sie die eigene regelbasierte Weltordnung in Frage stellen, wenn sie ihr Interesse einfach durchsetzen und dies gar nicht im Einklang mit den Interessen der anderen Staaten ist. Die verweisen auf die Regeln und kritisieren, dass die USA sich nicht (mehr) daran halten.

*— Als Macht, die die Weltordnung zu ihrem Nutzen eingerichtet hat und über die entsprechenden Gewaltmittel verfügt, sehen sich die USA auch zu Korrekturen der Regeln und ihrer gewaltsamen Durchsetzung befugt.*

Die Weltordnung erzwingt nicht den ökonomischen Nutzen der USA. Sie verpflichtet jede Nation darauf, Bestandteil des Weltmarkts zu sein. Wie der internationale Handel abläuft, wie sich die nationale Währung auf fremde Währungen bezieht, wie das Verhältnis zum Dollar ist, wie der grenzüberschreitende Kredit vergeben wird, das alles ist in Institutionen wie dem IWF und der WTO festgelegt. Die Regeln verpflichten auf und organisieren weltweites Konkurrieren. An dieser weltweit eingerichteten Konkurrenz nehmen die USA teil und lassen diese Regeln auch für sich gelten. Das tun sie vom Ausgangspunkt her mit dem immer wieder betätigten *Selbstbewusstsein*, dass *sie* diese Konkurrenz nicht fürchten müssen. Denn das Interesse der Konkurrenten ist es, mit der überlegenen Konkurrenzfähigkeit der USA mithalten zu können, Dollars auf dem Weltmarkt zu verdienen und um amerikanische Kapitalanlagen zu konkurrieren. Das ist der Inhalt der Regeln, das ist die Weltordnung, die die USA durchsetzen und von der sie profitieren. Mit denen haben sie sich die ganze Welt zunutze gemacht. Das alles ist festzuhalten als Ausgangspunkt für die Überlegung, was aus der für die USA so nützlichen Weltordnung, mit der sie so erfolgreich die ganze Welt überzogen haben, zwischenzeitlich geworden ist. Wenn die USA befinden, es liege ein Regelverstoß vor, modifizieren sie nicht nur immer wieder mal die Regeln, sondern gehen dagegen auch gewaltmäßig mit ökonomischen und militärischen Erpressungen vor. Die Gewalt ist vom Inhalt der Regeln der Weltordnung zu unterscheiden: Die Welt soll den USA als Konkurrenzveranstaltung zu ihrer Verfügung stehen.

*— Die USA sind Setzer und gleichzeitig Teilnehmer der Konkurrenz. Das ist ein Widerspruch, der die USA nicht gekümmert hat und um den sie sich auch nicht kümmern mussten, solange diese Konkurrenzordnung ihre Ausnahmestellung reproduziert hat, solange sie also der ökonomische Gewinner waren. Die Konkurrenten China und Europa haben die Konkurrenzordnung genutzt und es in ihr zu einem ökonomischen Status gebracht, der den USA den selbstverständlichen Erfolg bestreitet. Die Konkurrenzordnung hat eine elementare Funktionsbedingung, auf die die USA als *ihr* unbedingtes Recht bestehen: Es darf keinen anderen Staat geben, der für sich beansprucht, zu entscheiden, was in dieser Weltordnung gilt. Sie bestehen auf dem Monopol, Aufseher über und Inhaber der Weltordnung zu sein. Das Monopol sehen sie von Russland in Frage gestellt.*

*— Funktionsbedingung ist zu harmlos. Die USA hatten doch die Macht, mit ihrer Weltordnung und den Institutionen einen Weltmarkt einzurichten. Dass sie den etablieren konnten, unterstellt ein Gewaltverhältnis, das nach dem Zweiten Weltkrieg geklärt war. Die USA waren die einzige überlegene Militärmacht, die ihre Weltordnung den Nationen als Angebot an deren Nationalismus unterbreitet haben. Die des 'freien Westens' haben sich dieser Weltordnung angeschlossen und untergeordnet. Die USA schufen sich dafür*

einen Militärapparat, der Überlegenheit gewährleistet, um die Weltordnung zu kontrollieren und abzusichern. In den bisherigen Erklärungen fehlt, dass es vom US-Standpunkt aus nicht sein darf, dass sich ein Staatenblock wie im Kalten Krieg ihrem Anspruch auf das Weltgewaltmonopol entzieht. Zur Absicherung dieser Weltordnung braucht es daher das Militärbündnis NATO, an dem sich die konkurrierenden Nationen zu beteiligen haben. Die müssen es zu ihrer Staatsräson machen, dass es einen zu bekämpfenden Feind gibt. Funktionsbedingung drückt nicht aus, dass es ein durchgesetztes Machtverhältnis ist, mit dem die USA ihre Interessen verfolgen. Die Überlegenheit ihres Gewaltmonopols muss dauerhaft gültig sein. Insofern wird die ganze Staatenkonkurrenz immer danach beurteilt, wer sich dieser Ordnung unterwirft und wer nicht, und deshalb Feind ist. Und das heißt von Anfang an, dieser Staat wird in seiner Existenz durch das NATO-Bündnis bedroht und ist zu bekämpfen.

— In einer Diskussion kam die Behauptung auf, dass das nur an der Sichtweise der USA läge: Wenn sie als Inhaber des Gewaltmonopols das nicht so sehen und handhaben würden, müsste es nicht so sein. Die relevante Macht Russland vertrete ja auch den Standpunkt, Weltmacht sei teilbar. Wenn die USA aber darauf pochen, Inhaber der Macht und die globale Aufsicht zu sein, geht das nur im Singular. Auf den auf S. 66 zitierten Standpunkt „Wenn die Staatenwelt nicht unter der Schirmherrschaft einer unangefochtenen Weltmacht steht, dann herrscht in ihr keine Ordnung“ bestanden sie schon vor Ende des Zweiten Weltkriegs.

Das ist keine Sichtweise, sondern ein notwendig aus dem Interesse resultierender Anspruch: Die USA beanspruchen die Welt als ihr Mittel, dafür setzen sie ihre ökonomischen und militärischen Potenzen ein. Die Welt muss für amerikanisches Interesse benutzbar sein. Das exekutieren sie weltweit mit entsprechender Wucht.

Zu vorherigen Einordnung: Der Kalte Krieg ist zu Ende, die Sowjetunion hat abgedankt und mit ihr die Systemalternative, die USA sind die alleinige Weltmacht. Deren Ärgernis ist Russland. Russland beansprucht in der Welt gleichermaßen Gehör zu finden bzw. gleichermaßen berücksichtigt zu werden und legt im UN-Sicherheitsrat bei vielem, was die USA durchsetzen wollen, ein Veto ein. Dass sie das können, ist für die USA, mit dem, was sie als Weltordnung bezeichnen und als freie Ordnung der gesamten Welt vorschreiben wollen, nicht vereinbar – das Ärgernis muss beseitigt werden.

Russland ist nicht nur ein Ärgernis, weil es manches anders sieht und die USA im UN-Sicherheitsrat blockiert. Russland ist eine atomare Weltmacht, die auch praktisch Einsprüche gegen das US-Weltordnungs-Monopol inszeniert. Wenn die USA ankündigen, das syrische Regime muss beseitigt werden, dann verweist Russland auf seine Waffen, weil es sich seinen Stützpunkt Syrien nicht bestreiten lassen will. Das ist *ein* Beispiel, wie Russland Schranke ist für den Anspruch der USA, ihre militärische Macht weltweit geltend zu machen. Der Artikel drückt das auf S. 70 so aus: „dass die Dollars ... die Russland auf dem Weltmarkt verdient, durchaus für den Ausbau einer Militärmacht reichen, die Amerika an empfindlichen Stellen daran hindert, alle Erdenwinkel auf die jeweils erwünschten Dienste an Amerika zu verpflichten“.

Ein weiteres Beispiel für den Anspruch auf das Weltordnungsmonopol ist der Energiemarkt. Die USA erklären sich zuständig, diesen für die ganze Welt zu managen. Es darf also nicht sein, dass Russland Europas Energielieferant ist und nicht die USA. Dass das nicht so bleibt, dafür haben die USA gesorgt. Das gilt auch für Waffengeschäfte: Wenn ein Land, auf das die USA Einfluss haben, in Russland Waffen bestellt, wird von US-Seite interveniert und der Handel verhindert. Das gilt nicht nur beim NATO-Staat Türkei, sondern auch für die Golfstaaten, für Indien und andere.

Unzufrieden mit dem, was sich in ihrer Weltordnung tut, sind die USA auch in Bezug auf China und Europa. Diese Unzufriedenheit ist von anderer Qualität. Beide haben die US-Weltordnung ökonomisch erfolgreich für *sich* genutzt. China rüstet militärisch auf und erhebt Rechtsansprüche, z.B. im Chinesischen Meer. Europa will eine gleichrangige Machtposition in der Welt erringen. Beide stellen damit faktisch die extraordinäre Stellung der USA in Frage: ihren Anspruch auf singuläre Führerschaft und auf singulären Nutzen, den sie aus ihrer Weltordnung ziehen.

— Noch einmal zurück zu Syrien. Schon die früher von Putin in einer Berliner Rede skizzierte Idee eines Wirtschaftsraumes Asien-Europa wurde von den USA als Durchbrechung des Prinzips verstanden, nach dem die USA zu entscheiden haben, in welcher Form die Welt geordnet wird. Dazu musste sich Russland nicht erst in Syrien ungebührlich betätigen.

Russland war, sobald es sich als Weltmacht hervorgetan hat, immer ein Ärgernis für die USA. Syrien ist neben dem „eurasischen Wirtschaftsraum“ nur ein aktuelles Beispiel dafür, wie sehr sich die USA daran stören, wenn Russland den Anspruch erhebt, in der Welt regelnd einzugreifen und ein Gegenpol zu amerikanischer und europäischer Politik zu sein.

Jetzt ist ein Punkt der Einhegung erreicht, an dem sich Russland dermaßen bedrängt fühlt, dass es das nicht mehr zulassen will. Putin und Lawrow haben im Lauf der letzten Jahre unzählige Beispiele dafür angeführt, wo Russland sich von den USA ungerecht behandelt gefühlt hat und seine Ansprüche missachtet sah. Den Höhepunkt dessen sieht Russland jetzt erreicht.

— Allein das Potential Russlands, sich als Weltmacht aufstellen zu können, macht diese Nation zum Feind der USA. Die NATO-Osterweiterung begann aber zu Zeiten, als man noch gar nicht von einem Anspruch Russlands auf Weltmacht Konkurrenz sprechen konnte.

Die Umdrehung ist so nicht richtig. Direkt nach dem Ende der Sowjetunion wurde zwar von westlicher Seite das Ende des Realen Sozialismus und die Einsicht Russlands in den Kapitalismus als einzig mögliche Wirtschaftsform gefeiert. Nicht erledigt hatte sich damit die Tatsache, dass Russland eine potente Militärmacht war. Nach dem Ende der Sowjetunion war daher sofort klar, dass man Russland als Militärmacht in den Griff kriegen muss. Von Anfang an war im Programm der USA, Russland zu einer Regionalmacht zu degradieren. Das Wettrüsten gegen Russland war also nach dem Ende der Systemfeindschaft alles andere als erledigt.

\*

Hier setzt der Artikel: „Russland ringt um seine Behauptung als strategische Macht – Amerika um deren Erledigung“ (GS 1-22) an: Russland bilanziert nach der Auflösung des Warschauer Pakts angesichts der NATO-Osterweiterung – also der Eingemeindung dieser Staaten in die NATO, bis hin zur Aufrüstung und Eingemeindung der Ukraine –, was dessen Ziel und Zweck ist. Das hat für Russland einen Grad erreicht, ab dem es seine Stellung in elementarer Weise angegriffen sieht, weswegen es dem weiteren Vorrücken der NATO und ihren westlichen Verbündeten eine rote Linie zieht.

— Das beantwortet auch die Frage, inwiefern die westliche Ordnung angegriffen ist, wenn Russland die Ukraine angreift. Russland marschiert in das Territorium eines Kandidaten dieser Weltordnung ein. Die USA haben die Ukraine in der Vergangenheit von jedem Präsidenten gesäubert, der noch Beziehungen zu Russland halten wollte. Die Ukraine hat ihren Beitritt zur NATO in ihre Verfassung geschrieben, es gibt Verhandlungsgespräche mit der EU. Wenn sich Russland jetzt herausnimmt, da mit Gewaltmitteln einzugreifen, nimmt das der Westen unter der Führerschaft der USA direkt als Angriff auf seine Ordnung.

Für diese Ordnung des Westens, die seit dem zweiten Weltkrieg jede Menge Gewalttätigkeit eingeschlossen hat, ist „Friedensordnung“ die ideologische Rechtfertigung, der Titel. „Friedensordnung“ und der ständig stattfindende Gewalteininsatz sind kein Widerspruch zueinander. Der Westen und auch Baerbock bemühen als Berufungsinstanz die OSZE-Vereinbarung, dass in Europa keine Grenzen verschoben werden dürfen. Das liegt auf einer formal-juristischen Ebene und hat nichts zu tun mit der Sache, die sie *durchsetzen* wollen, nämlich eine Friedensordnung mit dem Inhalt, dass Russland sich unterzuordnen und die Bedrängnis von Seiten des Westens zuzulassen hat.

— Dass der Westen, also die USA, die NATO und die Europäer, überhaupt so weit gekommen sind in ihrer konsequent voranschreitenden Einkreisung Russlands mit dem Ziel, es zu entmachten, beruht auf der überlegenen Gewalt der USA. Der Terminus heißt hier Abschreckung. Unter dem Schirm dieser Abschreckung, nämlich Russland klar zu

*machen, dass es sich entweder zu fügen oder einen katastrophalen militärischen Schaden zu erwarten hat, haben sie sich vorwärts bewegt bis zum heutigen Stand. Jetzt erklärt Russland diese Abschreckung praktisch für unwirksam, indem es in die Ukraine einmarschiert ist. Russland stellt klar, dass es diesen Weg geht, um sich zu wehren, weil es der einzige ist, den es hat. Von daher verzeichnet der Westen einen Schaden an seiner Abschreckungspolitik.*

Die Behauptung, die NATO bedrohe niemanden, sie sei ein reines Verteidigungsbündnis, es ginge ihr *nur* um *Abschreckung* – im Unterschied zu Russland, das einen Angriffskrieg führt – heißt der Sache nach, dass der Westen mit seiner Osterweiterung immerzu voranschreitet und so ein fortlaufendes Übergehen russischer Interessen betreibt. Diese werden permanent ignoriert und praktisch wird gegen sie vorgegangen. Damit sich Russland *dagegen* nicht wehrt, betreibt der Westen seine Abschreckung. Das ist der Inhalt von Abschreckung: Der Feind soll bei aller gegen ihn praktizierten Übergriffigkeit stillhalten.

— *Eine Abschreckung ohne Drohpotential kann ja gar nicht funktionieren.*

Worin besteht dann die Drohung bei Abschreckung? Die NATO droht ja nicht in dem Sinne, dass sie Eroberung von Russlands Territorium auf die Tagesordnung setzt. Dem Gegner wird klar gemacht, dass der Einsatz seiner Militärmacht sich für ihn nicht lohnt, dass er dessen gewünschte Wirkungen gar nicht erzielen kann angesichts der Überlegenheit und des Potentials, mit dem ihm gedroht wird. Der Inhalt von Abschreckung besteht in der Drohung, dass die bedrohte Seite *für den Fall* eines Krieges keine Chance hat, egal zu welchen Mitteln sie greift und welche Schritte der Eskalation im Kriegsgeschehen sie sich zu gehen traut; dass der Drohende immer in der Lage ist, auf militärischer Ebene zu kontern und überlegen zu reagieren. Indem dafür gesorgt wird, dass die Gegenseite keine Chance auf einen Sieg in einem potentiellen Krieg hat, zielt die Abschreckung tatsächlich darauf, dass der Einsatz der eigenen Waffen überflüssig wird und weiter „Frieden herrscht“. Die Gegenseite soll dahingehend abgeschreckt werden, dass sie in der Verteidigung *ihrer* Interessen den Übergang zur militärischen Auseinandersetzung gar nicht erst auf die Tagesordnung setzt. Es geht darum, die Kapitulation des Gegners mit dem eigenen Potential zu erzwingen, bevor dieser überhaupt die Kriegsbühne betritt. Genau das wurde im Verhältnis zu Russland betrieben: Der Westen hat damit gedroht, Russland unerträgliche Kosten aufzuerlegen für den Fall, dass es sich nicht abschrecken lässt und den Übergang macht zum Einsatz seiner Militärmacht in der Ukraine. In diesem Sinne hat die Abschreckung der NATO ein Stück weit versagt. Russland hat sich nicht abschrecken lassen, es hat den Übergang zum Einsatz seiner Militärmittel in der Ukraine gemacht.

Wie stellt sich der Westen zu der jetzt in Gang gesetzten Konfrontation, zu diesem Eskalationsschritt seitens Russland? Er pflegt da eine gewisse Freiheit, worin besteht die?

— *Biden stellt zwei Behauptungen auf: Die NATO ist keine Kriegspartei, Russland wird nicht gewinnen. Die erste Ansage steht dafür, dass die NATO jedes Mittel hat, einen Krieg erfolgreich zu führen. Dazu gehören schärfste Sanktionen, die durchaus das Potential eines militärischen Einsatzes haben. Die NATO behält sich die Freiheit vor, darüber zu entscheiden, ob sie militärisch eintritt oder nicht. Im Moment ist ihr Standpunkt, das nicht zu tun. Mit der zweiten Ansage nimmt Biden vorweg, dass es Russland an ökonomischer und militärischer Potenz fehlt, der NATO in einem Krieg erfolgreich entgegenzutreten.*

— *Die NATO ist Kriegspartei so wie Deutschland und Europa. Sie liefern Waffen an die Ukraine, haben sie vorher jahrelang aufgerüstet und ausgebildet. Was sie jetzt nicht wollen, ist offiziell als Kriegspartei einzugreifen z.B. mit Luftkorridor und Flugverbotszone. Praktisch sind sie Kriegspartei.*

— *Es gibt da keine eindeutige Trennung. Im Moment findet ein permanentes Austesten statt, wie weit sich Russland die westliche Definition der Aufrüstung seitens der NATO-Staaten gefallen lässt, wie lange Russland das nicht als offiziellen Kriegseintritt auffasst.*

— *Die Waffenlieferungen an die Ukraine und der Einsatz ökonomischer Mittel zur Zerstörung der materiellen Basis Russlands sind Schritte, die Russland in die Lage*

*bringen, eskalieren zu müssen, will es sein Kriegsziel nicht aufgeben. Die Aussage Bidens, es soll im Moment nicht die große Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern sein, ist doppeldeutig. Das westliche Vorgehen ist nichts anderes als der Weg hin zu dieser Auseinandersetzung, in der Form, dass es diese Eskalationsspirale eröffnet. Mit der Stellungnahme Bidens nehmen die USA nicht Abstand von einer nuklearen Auseinandersetzung, sie bekunden vielmehr, dass sie darauf vorbereitet sind. Mit ihren Waffenlieferungen und Sanktionen zwingen sie Russland beständig dazu, eskalieren zu müssen, will es an seinem Kriegsziel festhalten. Das zieht die nächste Runde nach sich. Dahinter steht – wie auch schon bei der Abschreckung – nicht die Idee, die Waffen nicht zum Einsatz bringen zu wollen. Es ist die Betonung des feststehenden eigenen Kriegswillens.*

Das ist auch eine Auskunft darüber, dass die Zerstörung Russlands von Seiten der USA aktuell durchaus erfolgreich betrieben wird. Die Zerstörung hat zwei Seiten: Die Ukraine wird permanent mit Waffen ausgerüstet und so dazu befähigt, Russland in einen Abnutzungskrieg zu verzetteln, der einiges an russischem Militärpotential zerstört. Mit den Wirtschaftssanktionen zerstört der Westen andererseits viel von der ökonomischen Grundlage russischer Macht.

*— Die USA und Europa haben den Ausgang des Krieges als bereits feststehend definiert: Russland und sein elementarer Anspruch auf Weltgeltung wird zerstört sein. In Bezug auf dieses Ziel kommt der Westen im Moment voran. Wie weit, ist nicht zu prognostizieren.*

Die NATO verfolgt das Kriegsziel, Russland kleinzukriegen, Russlands Willen, sich Respekt zu verschaffen, zurückzuweisen und Russland klarzumachen, dass es dazu nicht die Macht hat. Russland soll nicht nur klein beigegeben, es soll zur Kenntnis nehmen, dass sich die USA mit einem Abzug nicht zufrieden geben werden: Russland soll seinen Anspruch aufgeben, das ist ihr Ziel, dafür steht die Parole „Putin muss weg!“. Ob die NATO Kriegspartei ist oder nicht, spielt in anderer Hinsicht eine Rolle: Bei allem, was die NATO-Staaten unternehmen, um Russland niederzuringen, erklären sie, das sei kein Krieg der NATO gegen Russland, den wollen sie vermeiden. Russland soll einerseits mit militärischen Mitteln für die Ukraine und andererseits mit den Wirtschaftssanktionen, die sie gegen Russland verhängen, in die Knie gezwungen werden. Die Behauptung der NATO-Staaten, sie wollten keine Kriegspartei sein, ist eigentlich eine Kriegsdrohung. Sie wendet sich an die Adresse Russlands und bedeutet: Wir NATO-Staaten nehmen Abstand von dieser Eskalationsstufe – uns unmittelbar als Kriegspartei einzubeziehen, geht dann von Russland aus. Ob es das will, soll sich Russland gut überlegen.

Zum vorherigen Punkt: Natürlich will der Westen nicht, dass Russland die Atomwaffe einsetzt, aber sie drängen Russland immer mehr in die Situation, dass ihm nicht mehr viel übrigbleibt, als diese Wahl zu treffen – wenn es weitermachen und sein Ziel nicht aufgeben will.

*— Mit den Waffenlieferungen diverser Staaten des Westens an die Ukraine wurde Russland klargemacht, diese zu blockieren hieße, gegen einen NATO-Staat vorzugehen. Das wäre die direkte Konfrontation. In dem, was die NATO Russland Stück für Stück bestreitet, drängen sie sie zur Eskalation.*

Bei der Behauptung, der Westen definiere die Lage, sollte man den Inhalt der *Definition* kennzeichnen. Als erste Definition bestimmt der Westen: Der Angriff auf die Ukraine hat mit uns nichts zu tun. Sie treten diesem Angriff, den Russland gegen die NATO führt, weil die ihm die Ukraine streitig macht, mit der Definition ‚Kein Angriff auf uns‘ gegenüber. Der Krieg wird definiert als Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland. Umgekehrt soll Russland nichts von alledem, was der Westen zur Unterstützung der Ukraine unternimmt, als Angriff der NATO auf Russland begreifen, den es als solchen beantworten muss. Das nicht als Kriegseintritt der NATO zu nehmen, ist die Anspruchshaltung, die gegenüber Russland geltend gemacht wird. Alles, was in Sachen Ruinierung Russlands vorankommt, soll genommen werden als: Das ist kein Angriff und berechtigt Russland nicht zu weitergehender Eskalation.

Zugleich verlässt sich die NATO nicht darauf, dass Russland nicht eskaliert. Sie droht an,

dass bei jeder Eskalation seitens Russlands, wenn es sich also dem Anspruch nicht beugt, in der Auseinandersetzung mit der Ukraine seine Niederlage zu akzeptieren, jede (Gegen-)Eskalation unternommen wird, einen Sieg Russlands zu verunmöglichen. Das sagt Biden eben auch: Wir sind zwar keine Kriegspartei, aber wir sorgen dafür, das Russland nicht gewinnt! Das ist die Härte der Konfrontation, die bei allen Stellungnahmen deutlich wird: Dass dieser Gegensatz an der Ukraine ausgetragen wird und zugleich dauernd klar ist, dass diese Auseinandersetzung weit über die Ukraine hinausreicht und ein ganz anderes Eskalationspotential enthält, mit dem beide Seiten ständig drohen.

\*

Wie wird das alles dargestellt? Die Warschauer Rede von Biden ist eine einzige Stilisierung des Kampfes „Gut gegen Böse“ und der Aufruf, dass diese Auseinandersetzung des vollen Einsatzes aller guten Völker der Welt bedarf, was eine kostenintensive und lang andauernde Angelegenheit ist.

— *Mit der Berufung auf die höchsten Werte will Biden den Schulterschluss zwischen den Nationen bewirken, ein Kriegsbündnis schmieden, andere Staaten sollen ihm bei den Wirtschaftssanktionen nicht in den Rücken fallen. Dabei wissen die Staaten ja, um was es der Sache nach geht – warum ist es dennoch auch in diesem Fall nötig, sich auf diese höchsten Werte zu berufen?*

— *Einsortiert wird der Fall Ukraine als eine Aggression Russlands, das dieses kleine wehrlose Land überfällt. Das kann nur ein Wahnsinniger sein, der seine Mittel und Fähigkeiten total überschätzt. Das ist die Basis dieser wertemäßigen Einordnung: Wir sind berufen, die Freiheit dieses Landes zu verteidigen.*

Die instrumentelle Verwendung ist nicht der Witz. Wer die höchsten Werte für sich in Anspruch nimmt, bringt zum Ausdruck, dass die Sache unwidersprechlich ist: Niemand, der sich zur Menschheit rechnet, kann dagegen etwas haben.

In dieser Konfrontation, geht es um einen gegenüber Russland geltend gemachten Anspruch, der den Inhalt hat, dass Russland entmachtet werden soll. In der Ukraine soll es Russland durch den Krieg und allgemein durch die länderübergreifende Sanktionierung verunmöglicht werden, in irgendeiner Weise gegen die Ansprüche des Westens Front zu machen. Dieser Anspruch ist *unabdingbar*, verlangt unbedingte Durchsetzung. Die höchsten Werte ins Feld zu führen ist eine Art und Weise auszudrücken, dass man das Beanspruchte als nicht hinterfragbar definiert. Und es beinhaltet den Anspruch, dass sich dem alle anderen anzuschließen haben. Allein *deswegen* sortieren sich die anderen Staaten aber nicht ein. Die müssen diesen Anspruch auf Entmachtung Russlands schon teilen, um sich in dieser Kriegssituation einem westlichen Kriegsbündnis anzuschließen.

— *Worin liegt die Notwendigkeit, die geschilderte Sache auch gegenüber den anderen Staaten in die genannten Wertekategorien zu verwandeln?*

— *Weil die verschiedenen Staaten auch noch Eigeninteressen haben, z.B. Deutschland mit Öl- und Gaslieferungen. Da ist das der Appell, sich möglichst schnell umzustellen.*

Und die Staaten verstehen die Härte in Bidens Ansage, dass sein Anspruch unwidersprechlich ist.

— *Biden reklamiert die Gleichung von Recht und Gewalt und erklärt, dass er zu jeder Gewalttat bereit ist. Die Gewalt, die er anzuwenden bereit ist, um die Bösen zu bekämpfen, ist unwidersprechlich. Das sollen die anderen Staaten verstehen und haben es auch verstanden: Es geht den USA ums Essentielle, wenn sie mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit antreten, sind sie zu allem bereit.*

— *Auch die Vertreter der Öffentlichkeit haben die Botschaft intus: Es geht jetzt um die Verteidigung des Guten gegen das Böse. Daran messen sie die Politik und die einzige Kritik an ihr, die sie mit Nachdruck vorbringen, heißt: zu zögerlich. So wird eine radikale Kriegsparteilichkeit erzeugt.*

— *Die Öffentlichkeit misst die Politik an einem Maßstab, den die Politik selbst an sich anlegt. Kein Staat behauptet von sich, er sei Gewalt. Die Gewalt hat von sich immer das*



*Selbstbewusstsein, eine gerechte zu sein.*

Nur misst sich die Staatsgewalt nicht an einem Maßstab, sie nimmt ihn für sich in Anspruch. Sie unterstellt die eigene Herrschaft selbstverständlich als die gute bzw. die beste, die damit das Recht hat, von der eigenen Bevölkerung wie von anderen Staaten alle Anforderungen zu verlangen. Das ist das Erste, was die Herrschaft von sich behauptet, zu dem sie Einverständnis einfordert und normalerweise davon ausgeht, dass dieses Einverständnis auch vorliegt. Auf dieser Basis wird dann Freund und Feind sortiert.

*— Wenn jemand darauf verweist, dass Russland Interessen hat und nicht nur böse ist, oder die NATO Russland zu sehr auf die Pelle gerückt ist, wird er wegen Parteinahme ausgegrenzt und fertiggemacht.*

Das zeigt, dass die Ansage richtig verstanden wird. Alles, was sich die Politik in Sachen Entmachtung Russlands vornimmt, präsentiert sie als absolute Notwendigkeit und Dienst an einer guten höheren Sache. Sie pocht darauf, dass dieser Dienst von den Verbündeten, aber auch von den diversen Völkern jeden Einsatz fordert. Und die Staaten gehen davon aus, dass alle diese Ankündigung richtig verstehen und ihnen aus angesagten Opfern und der Inpflichtnahme der Leute kein Vorwurf entsteht.

**Die Sanktionen und Rückwirkungen auf das Volk sind Thema des nächsten Jour Fixe am 25.04.2022. Andere Fragen sowie Diskussionsbedarf können wie üblich angemeldet werden.**